

BR/GT I/21 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 12. November 1969
BR/GT I/21/69

Sekretariat

Von dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe I vorgelegte

A r b e i t s u n t e r l a g e

für den Entwurf eines Übereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

Artikel 88, 88 a (neu) und 88 b (neu)

Vorbemerkung

Auf der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe in Luxemburg vom 14. bis 17. Oktober 1969 hat der Vorsitzende Vorschläge zur Modifizierung des in der Arbeitsunterlage BR/GT I/9/69 vorgeschlagenen Systems der verschobenen Prüfung (vgl. Artikel 88) unterbreitet. Die Vorschläge des Vorsitzenden sind von dem Redaktionsausschuß in dem Dokument BR/GT I/20/69 vom 20.10.1969 zusammengefaßt worden.

Die Arbeitsgruppe hat sich ihre Stellungnahme bis zu ihrer nächsten Sitzung vorbehalten und den Vorsitzenden gebeten, seine Vorschläge bis dahin in Form von Artikeln vorzulegen.

Nachstehend werden die Artikel 88, 88 a und 88 b vorgelegt, in denen die Vorschläge des Vorsitzenden enthalten sind.

Neuer Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Das Europäische Patentamt prüft auf Antrag, ob die europäische Patentanmeldung und die Erfindung, die sie zum Gegenstand hat, den Erfordernissen dieses Übereinkommens genügen.

(2) Der Antrag kann vom Anmelder oder von jedem Dritten bis zum Ablauf von sieben Jahren nach der Einreichung der europäischen Patentanmeldung gestellt werden. Der Antrag gilt erst als gestellt, wenn die in der Gebührenordnung zu diesem Übereinkommen vorgeschriebene Prüfungsgebühr entrichtet worden ist.

(3) Wird der Antrag vom Anmelder gestellt, so soll dieser mit dem Antrag zu dem Bericht über den Stand der Technik und zu den ihm mitgeteilten Einwendungen Stellung nehmen und gegebenenfalls die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern.

(3a) Wird der Antrag für die Anmeldung eines europäischen Zusatzpatents gestellt, so fordert die Prüfungsstelle den Anmelder auf, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Zustellung der Aufforderung für die Anmeldung des Hauptpatents einen Antrag nach Absatz 1 zu stellen. Wird der Antrag nicht gestellt, so gilt die Anmeldung des europäischen Zusatzpatents als Anmeldung eines selbständigen europäischen Patents.

(4) Der Antrag kann nicht zurückgenommen werden.

(5) Ist ein Antrag auf Prüfung gemäß Absatz 2 eingereicht worden, so gelten spätere Anträge auf Prüfung als nicht eingegangen. Entrichtete Gebühren werden zurückgezahlt.

Bemerkung:

Dieser Vorschlag weicht von dem von der Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Artikel 88 nur insoweit ab, als in Absatz 2 Satz 1 die Zahl von sieben Jahren eingefügt worden ist.

Neuer Vorschlag des Vorsitzenden

(6) Wird bis zum Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist ein Antrag auf Prüfung nicht gestellt, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Artikel 88a (neu)

Besondere Bestimmungen für den Prüfungsantrag durch Dritte

Neuer Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Antrag auf Prüfung eines Dritten gilt auch dann als gestellt, wenn der Dritte nur ein Viertel der Prüfungsgebühr gezahlt und bei der Zahlung ein berechtigtes Interesse an der sofortigen Prüfung der Patentanmeldung geltend gemacht und nachgewiesen hat.

(2) Erkennt die Prüfungsabteilung das berechtigte Interesse an, so fördert sie den Anmelder auf, drei Viertel der Prüfungsgebühr innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu zahlen; werden sie innerhalb dieser Frist nicht gezahlt, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

(3) Wird vor der Anerkennung des berechtigten Interesses ein weiterer Prüfungsantrag gestellt und die volle Prüfungsgebühr gezahlt, so gilt der Antrag gemäß Absatz 1 als nicht gestellt.

(4) Das von dem Dritten gezahlte Viertel der Prüfungsgebühr wird nur im Falle des Absatzes 3 zurückerstattet.

Bemerkung:

Dieser Artikel entspricht dem Absatz 4 der Vorschläge des Vorsitzenden in der Anlage zum Dokument BR/GT I/20/69 vom 20.10.1969.

Sofern die vorgeschlagene Regelung als zu kompliziert erachtet wird, könnte man vorsehen, daß der Antrag auf Prüfung eines Dritten ohne Geltendmachung eines berechtigten Interesses lediglich unter Zahlung von einem Viertel der Prüfungsgebühr gestellt werden kann.

Neuer Vorschlag des Vorsitzenden

(1) Der Verwaltungsrat kann die in Artikel 88 Absatz 2 vorgesehene Frist für die Einreichung eines Antrags auf Prüfung verkürzen oder verlängern.

(2) Der Verwaltungsrat kann anordnen, daß für bestimmte Gebiete der Technik auf Aufforderung des Europäischen Patentamts ein Prüfungsantrag vom Anmelder zu stellen ist, sofern ein öffentliches Interesse an einer solchen Regelung besteht.

(3) Der Verwaltungsrat kann anordnen, daß für bestimmte Gebiete der Technik auf Aufforderung des Europäischen Patentamts ein Prüfungsantrag vom Anmelder zu stellen ist, wenn die Geschäftslage des Europäischen Patentamts eine sofortige Durchführung der Prüfung für diese Gebiete zuläßt.

(4) Ist eine Anordnung nach den Absätzen 2 oder 3 ergangen, so fordert das Europäische Patentamt den Anmelder auf, innerhalb einer Frist von sechs Monaten einen Prüfungsantrag zu stellen und die Prüfungsgebühr zu zahlen. Wird die Gebühr nicht rechtzeitig entrichtet, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen.

Bemerkung:

Dieser Artikel entspricht den Absätzen 1 bis 3 der Vorschläge des Vorsitzenden in der Anlage zum Dokument BR/GT I/20/69 vom 20.10.1969.

Die Vorschrift könnte in die Schlußbestimmungen übernommen werden.

Weitere Einzelheiten zur Durchführung der Anordnungen des Verwaltungsrats könnten in der Ausführungsordnung geregelt werden.